

Ein Blick über die Grenze und zurück

Wir sind versucht, Gemeinsamkeiten mit unserem Nachbar Österreich zu betonen, zum Beispiel bei der bewaffneten Neutralität, oder uns zu distanzieren, wenn es um die Verteidigungsbereitschaft geht. Interessant sind Umfragen zur Sicherheits- und Aussenpolitik in beiden Ländern. Fakten und Aussagen sprechen eher für Gemeinsamkeiten als für Gegensätze.



Oberst Dominik Knill,
Präsident SOG

Ein Blick über die Grenze zeigt in einer Studie der Universität Innsbruck im April 2024 alarmierende Ergebnisse. Die jüngste Veröffentlichung gibt die vorherrschende Meinung zu Wehrhaftigkeit und Solidarität wieder. Unter Wehrhaftigkeit wird die Bereitschaft von Menschen verstanden, im Falle eines Angriffs zur Waffe zu greifen und das eigene Land zu verteidigen oder auch einen anderen militärischen Beitrag zur Verteidigung zu leisten. Etwas mehr als 25 Prozent der befragten Männer und 7 Prozent der befragten Frauen würden ihr Land im Falle eines bewaffneten Angriffs mit der Waffe verteidigen.

Knapp 14 Prozent stimmen zu, dass Österreich im Falle eines bewaffneten Angriffs auf einen anderen EU-Mitgliedstaat diesem mit bewaffneten Truppen beistehen sollte. 72 Prozent der Befragten geben an, dass sie umgekehrt durchaus erwarten, dass andere EU-Staaten Österreich militärisch verteidigen. Die mangelnde Bereitschaft zur Landesverteidigung und zur militärischen Unterstützung von EU-Partnern erklärt die Projektleitung damit, dass die österreichische Bevölkerung lange Zeit nicht mit Fragen der Sicherheitspolitik und Solidarität konfrontiert war. Als neutraler Staat sei es so zu einer «sicherheitspoliti-

schen Entrückung» gekommen. Nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa sei man seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges davon ausgegangen, dass militärische Kriege der Vergangenheit angehörten. Im Falle Österreichs komme jedoch hinzu, dass es sich als Insel wahrgenommen habe, umgeben von NATO- und EU-Staaten. In der mentalen Geografie sah sich Österreich daher weit entfernt von sicherheitspolitischen Problemen.

Nicht nur nach aussen, sondern auch nach innen mangelt es laut Umfrage an Solidarität. Denn obwohl nur ein geringer Teil der Befragten bereit ist, selbst zu den Waffen zu greifen, geben gleichzeitig 47 Prozent der Befragten an, dass sich Österreich im Falle eines Angriffs durchaus militärisch verteidigen sollte. Es wird daher argumentiert, dass die Umfrage eher auf Probleme in der politischen Bildung, der Kommunikation und der sicherheitspolitischen Debatte hinweist.

Österreich hat sich in seiner Verfassung im Bereich der bewaffneten Landesverteidigung zu mehr verpflichtet, als es einzuhalten bereit ist. Österreich hat den Status eines formal neutralen Landes, das sich auf eine Neutralität beruft, die es politisch kaum überzeugend ausfüllt und schlecht verteidigen kann. Grundsätzlich wäre es Aufgabe der Politik, dies den Bürgern ehrlich zu sagen und nach Alternativen zu suchen. Immerhin spricht sich eine Mehrheit von 74 Prozent der Bevölkerung für die Beibehaltung der Neutralität aus; in der Schweiz sind es sogar eindruckliche 90 Prozent.

ETH-Studie «Sicherheit 2024»

Nun wäre es zu einfach, mit dem Finger auf unsere Nachbarn zu zeigen und zu argumentieren, a) die Schweiz sei nicht in der EU, b) unsere Milizarmee sei nicht mit dem Bundesheer zu vergleichen und c) unsere Neutralität habe eine längere Tradition. Dieser Ansatz greift zu kurz. Die Ergebnisse der ETH-Studie «Sicherheit 2024» zeigen aufschlussreiche Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung auf, die auch nachdenklich stimmen.

Erfreulich ist, dass 85 Prozent der Befragten die Schweizer Armee als unbedingt

oder eher notwendig erachten. 60 Prozent lehnen es ab, die allgemeine Wehrpflicht abzuschaffen und den Militärdienst Freiwilligen zu überlassen. Noch knapp 10 Prozent sind der Meinung, die Armee solle abgeschafft werden. Mit 60 Prozent ist das Vertrauen gross, dass die Milizarmee auch in Zukunft die Landesverteidigung sicherstellen kann. Nur gerade 34 Prozent wünschen sich eine Berufsarmee. Diese wäre in Friedenszeiten zu teuer und im Kriegsfall sowieso zu klein.

92 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass die Schweiz eine sehr gut ausgebildete Armee haben soll, und 79 Prozent wollen eine vollständig ausgerüstete Armee. Die Studie zeigt eine Unterstützung von 53 Prozent für eine Annäherung an die NATO, wobei Annäherung nicht spezifisch definiert wird. Rund 30 Prozent sprechen sich für eine NATO-Mitgliedschaft aus, und fast 40 Prozent wollen die nationale Autonomie bewahren und stärken.

Alarmierende Einschätzungen zum Verteidigungsbudget

Die Zahlen zu den Verteidigungsausgaben sollten aufhorchen lassen. Denn 45 Prozent finden die Ausgaben gerade richtig, 30 Prozent finden sie zu hoch und nur magere 20 Prozent fordern noch mehr Geld. Diese Problematik zeigt sich in den schier endlosen Diskussionen um die Erhöhung des Verteidigungsbudgets und in der Schwierigkeit, einen tragfähigen Konsens respektive Kompromiss zu finden. Der Ukraine-Krieg scheint hier keinen nachhaltig positiven Einfluss auf die Armeefinanzierung zu haben.

In dieser Kolumne geht es um Selbstwahrnehmung, Erwartungen und die Kluft, die sich auftut, wenn es um die eigene Leistungsbereitschaft geht. Was die Schweiz und Österreich zu verbinden scheint, ist die Tatsache, dass die Bevölkerung beider Länder die Kriegsgefahr nach wie vor als gering einschätzt. Sie geben sich Gedankenspielen hin, die von eigenen Leistungen für die militärische Verteidigung befreien.

Die SOG hält an der bewaffneten Neutralität fest, lehnt einen NATO-Beitritt ab und fordert eine rasche und substanzielle Aufstockung der Armeefinanzien.